

erschint 3 mal wöchentlich mit der illustrierten Beilage „Der Freireiter“ und mehreren Zeitungs-Beilagen

Verlagsort Dresden, Hauptpreis für die Halbjährige 22 mit dreier Seite 8 Bfg., — für Familienkreise und Stützpunkte 6 Bfg. — Für Postgebühren können mit keine Gewähr sein

Sächsische Volkszeitung

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, eintrittselbst Betriebsstörungen hat der Verleger oder Inhaber keine Verpflichtung, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. — Verlagsort Dresden

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht

Aufschlussreiches Pressegespräch des Führers und Reichkanzlers mit Ward Price

Deutschlands Recht auf Gleichberechtigung

Ein historischer Kabinettsbeschluss

Keine Revision territorialer Bestimmungen des Versailler Vertrages beabsichtigt

München, 18. März. Durch Kabinettsbeschluss (Näheres S. 3 und 5) wurde am Sonntag in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt. Der Führer und Reichkanzler beantwortete nach seiner Ankunft in München dem bekannten Journalisten der Kolonialpresse, Ward Price, einige damit im Zusammenhang stehende Fragen. Auf die Frage, ob Deutschland auch in Zukunft genau so bereit sei, mit England und Frankreich zu verhandeln, wie es dies in seiner Note vom 16. Februar zum Ausdruck gebracht hat, antwortete der Kanzler: „Die Herstellung der deutschen Wehrhoheit ist ein Akt der Wiederherstellung der verletzten Souveränität eines großen Staates. Anzunehmen, daß ein souverän gewordener Staat weniger geneigt sei zu einer Verhandlung als ein nichtsovereäner, würde absurd sein. Gerade weil wir ein souveräner Staat sind, sind wir auch bereit, mit anderen souveränen Staaten zu verhandeln.“

Reichs in München. Sie ist in keinem Ort in Deutschland anders. Dies mag Ihnen aber etwas zeigen: Das deutsche Volk empfindet den Akt der deutschen Regierung von gestern überhaupt nicht so sehr als einen militärischen, als vielmehr einen moralischen. So hat 15 Jahre lang gelitten unter Bestimmungen, in denen es ein selbstverständliches Eigenrecht jedes Volkes verlor. Hätte die Welt eine internationale Abrüstung durchgeführt, das deutsche Volk wäre mehr als zufrieden gewesen. Daß die übrige Welt rüstet und Deutschland jedes Selbstverteidigungsrecht bestritt, wurde als ungeheuerliche und entwürdigende Vergewaltigung empfunden. Daß diese wehrlose Stellung aber außerdem noch zu einer ununterbrochenen Folge von Demütigungen führte, läßt erst das stolze Mißverständnis, das die Nation nunmehr nach der Wiederherstellung ihrer Ehre empfindet. Wenn Sie einen dieser Millionen aber nun fragen würden, ob er denn nun an Frieden oder Krieg denke, dann würde er Sie vollkommen verständnislos ansehen. Denn alle diese jubelnden Menschen werden ja nicht bewegt von irgendeinem Gefühl des Hasses gegen irgendeine andere Nation, sondern ausschließlich vom Gefühl des Mißdies, daß das eigene Volk nun wieder frei geworden ist. Sie alle bewegt nur der eine Gedanke, daß sie sich nunmehr wieder, ohne sich schämen zu müssen, einem großen Volke zurechnen dürfen. Sie verstehen dies nicht und können dies nicht verstehen. Würden Sie aber Ähnliches durchlebt haben wie das deutsche Volk, dann würden Sie vielleicht die Empfindungen begreifen, die einen Menschen erfassen, den man 1 1/2 Jahrzehnte lang in einer ehrenlosen Stellung hielt und der sich nun seine Ehre selbst zurückgeben hat. Und deshalb ist es mir auch möglich, in derselben Proklamation, in der ich die nationale Wehrhoheit des Deutschen Reiches wieder herstelle, laut und deutlich für den Frieden zu plädieren und unsere Mitarbeit an der Sicherung des Friedens zur Verfügung zu stellen. Denn das deutsche Volk will keinen Krieg, sondern es will ausschließlich das gleiche Recht aller anderen. Das ist alles.“

Die Reichsregierung hat am 16. März 1935 einen Beschluss von historischer Bedeutung gefasst. Sie hat ein Gesetz verkündet, durch das die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt wird. Damit ist die Periode, die mit Deutschlands Niederlage 1918 begann und in den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktats besiegelt wurde, endgültig abgeschlossen. Wie es dazu kam, ist bekannt. Nach dem Krieg hat Deutschland in einem Umfang abgerüstet, wie er in der Geschichte nach verlorenen Kriegen bisher noch nicht zu verzeichnen war. Gleichzeitig übernahmen die Siegermächte die feierliche Verpflichtung, der deutschen Abrüstung die eigene folgen zu lassen. Wir wissen aber aus der Geschichte der seitdem verfloßenen Jahre, daß kein ernsthafter Versuch gemacht worden ist, diese Verpflichtung einzulösen. In dem Aufruf der Reichsregierung wird die historische Entwicklung der Abrüstungsdebatte und der Verdienste, den sie eingetragenen ist, ausführlich geschildert. Im Oktober 1933 kam es zum Austritt aus der Abrüstungskonferenz und zum Fortgang aus Genf. Die seitdem verfloßenen Monate sind ausgefüllt mit dem Versuch, den abgerissenen Faden wieder aufzunehmen. Deutschland hat sich stets bereit gezeigt, diesen Versuch zum Erfolg zu verhelfen. — unter der Voraussetzung, daß ihm die Gleichberechtigung auf dem Rüstungsgebiet nicht bestritten würde. Wir wissen aber, wie Frankreich sich stets bemüht hat, die Sicherheitsfrage in den Vordergrund zu schieben und wie dadurch jede sachliche Aussprache über das Abrüstungsthema unmöglich gemacht wurde. Inzwischen gingen die Rüstungen in der Welt weiter. Erst in den letzten Tagen sind wieder zwei neue wichtige Tatsachen eingetreten, die die Lage in Europa beleuchten: England hat die Vermehrung seiner Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft beschlossen, und unmittelbar nachher hat die französische Kammer die Verlängerung der militärischen Dienstzeit beschlossen. Die Kommentare in der Presse, die dieses Ereignis und die ihm vorausgehende Rede des französischen Ministerpräsidenten Klundin gefunden hat, bestätigen einhellig, daß damit der Abrüstungspolitik der Todesstoß versetzt sei, daß die Abrüstungsidee begraben worden sei usw. Uebereinstimmend wird auch betont, daß die französische Kammerdebatte und der dort gefasste Beschluss ein schlechtes Beispiel seien zu den bevorstehenden deutsch-englischen Besprechungen.

Ward Price fragte dann den Kanzler, ob nach wie vor Deutschland sich an die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages gebunden hielt, worauf der Kanzler erwiderte: „Durch den Akt der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit ist der Versailler Vertrag nur in jenen Punkten berührt, die durch die Verweigerung der analogen Abrüstungsverpflichtungen der anderen Staaten tatsächlich ohnehin schon längst ihre Rechtskraft verloren haben. Die deutsche Regierung ist sich klar darüber, daß man eine Revision territorialer Bestimmungen internationaler Verträge nie durch einseitige Maßnahmen herbeiführen kann.“

Ward Price fragte den Führer, welchen Eindruck die Proklamation vom 16. März auf das deutsche Volk gemacht hätte. Des Führers Antwort war: „Sie haben ja im Übrigen die Stimmung des deutschen Volkes in Berlin gesehen, und sehen sie nun im Süden des Reiches.“

In dem Aufruf der Reichsregierung wird die historische Entwicklung der Abrüstungsdebatte und der Verdienste, den sie eingetragenen ist, ausführlich geschildert. Im Oktober 1933 kam es zum Austritt aus der Abrüstungskonferenz und zum Fortgang aus Genf. Die seitdem verfloßenen Monate sind ausgefüllt mit dem Versuch, den abgerissenen Faden wieder aufzunehmen. Deutschland hat sich stets bereit gezeigt, diesen Versuch zum Erfolg zu verhelfen. — unter der Voraussetzung, daß ihm die Gleichberechtigung auf dem Rüstungsgebiet nicht bestritten würde. Wir wissen aber, wie Frankreich sich stets bemüht hat, die Sicherheitsfrage in den Vordergrund zu schieben und wie dadurch jede sachliche Aussprache über das Abrüstungsthema unmöglich gemacht wurde. Inzwischen gingen die Rüstungen in der Welt weiter. Erst in den letzten Tagen sind wieder zwei neue wichtige Tatsachen eingetreten, die die Lage in Europa beleuchten: England hat die Vermehrung seiner Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft beschlossen, und unmittelbar nachher hat die französische Kammer die Verlängerung der militärischen Dienstzeit beschlossen. Die Kommentare in der Presse, die dieses Ereignis und die ihm vorausgehende Rede des französischen Ministerpräsidenten Klundin gefunden hat, bestätigen einhellig, daß damit der Abrüstungspolitik der Todesstoß versetzt sei, daß die Abrüstungsidee begraben worden sei usw. Uebereinstimmend wird auch betont, daß die französische Kammerdebatte und der dort gefasste Beschluss ein schlechtes Beispiel seien zu den bevorstehenden deutsch-englischen Besprechungen.

2 engl. Kabinettsbesprechungen am Sonntag

Keine Aenderung im Besuchsplan Simons erwartet

London, 18. März. In Downing Street wurden am Sonntag zwei Besprechungen abgehalten, von denen die eine am Vormittag, die andere am Abend stattfand. So nahmen teil Ministerpräsident MacDonald, Baldwin, Sir John Simon, Eden und der Botschafter Unterstaatssekretär des Aeußeren Sir Robert Hankey.

Paris wünscht diplomatische Schritte Die Auslandspresse und das deutsche Wehrgesetz. Berlin, 18. März. Die aus dem Ausland eingehenden Witterstimmungen besagen, daß die ganze Welt unter dem Eindruck der Wiedergewinnung der deutschen Wehrfreiheit steht.

Der Beschluss der Reichsregierung, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, wurde schon am Sonnabend durch Sonderausgaben einiger Blätter in Paris bekannt. Die Sonntagmorgenpresse bringt die Meldung von der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland in riesigen Schlagzeilen. Bemerkenswert ist der Verlust einzelner Blätter, jetzt, nachdem es in den Jahren der deutschen Wehrlosigkeit nicht gelungen ist, eine Regelung über die Abrüstung und die bessere Gestaltung des Friedens herbeizuführen, den Eindruck zu erwecken, als ob das deutsche Wehrrecht die Vermittlungen um eine Neuordnung der Völkerverhältnisse beeinträchtigen könnte. In diesem Sinne spricht der Außenpolitiker des „Journal“ von einem Bruch des gegebenen Wortes „It und von einer „unerhörten Gewalttat“ und erwidert, daß jetzt endlich die „durch die neue deutsche Trohng“ gebotenen Sicherheitsmaßnahmen beschlossen werden.

Ueber die Auffassung in London schreibt der Parlamentskorrespondent der Times: Bei keiner Stelle besteht die Meinung, den Ernst der deutschen Erklärung herabzusetzen. Aber die Minister lassen sich nicht durch ein solches Gefühl der Beharrung an der Fortsetzung ihrer Bemühungen um Frieden in Europa verhindern. Das Kabinett wird sich heute vormittag 10.30 Uhr natürlich mit der Frage der Besuche in Berlin, Moskau und Warschau beschäftigen, aber es wird allgemein geglaubt und gehofft, daß es keine Aenderung in den bereits getroffenen Vorkehrungen geben wird. Tatsächlich wird geglaubt, daß die Ergebnisse des Wochenendes die Notwendigkeit unmittelbarer Verhandlungen zwischen Herrn Hitler und der britischen Regierung dringender als zuvor gemacht haben. Der Korrespondent bemerkt noch, selbstverständlich könnte kein Zweifel darüber bestehen, daß England, Frankreich und Italien in engerer Fühlung miteinander bleiben würden. Die weitere Anregung aber, die in einigen Kreisen gemacht werde, Deutschland eine gemeinsame Protestnote zu übergeben, erfordert sorgfältigere Erwägung in einem Augenblick, wo gehofft werde, daß der Besuch britischer Minister eine endgültige Antwort auf die höchst wichtige Frage bringen werde, ob Deutschland sich an einem kollektiven System beteiligen wolle oder nicht. In diesem Punkte dürfte eine selbständige Nachfrage seitens Großbritannien — die sich auf das Vorhandensein eines Besuchs gründete, der im Falle einer positiven Antwort keine Zeitverschwendung wäre — das bessere Verfahren sein.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland nimmt auch in der Pariser Montagmorgenpresse den größten Raum ein. In amtlichen französischen Kreisen war man jedoch am Sonntagabend noch nicht über die Absichten der englischen Regierung unterrichtet und wartete deshalb mit einer gewissen Ungeduld den englischen Kabinettsrat vom Montag ab. Tagesgenossen die Besprechungen, die zwischen den italienischen und der französischen Regierung auf diplomatischem Wege stattgefunden haben, nach Ansicht gut unterrichteter Kreise bereits zu einer Einigung darüber geführt haben, daß die erste Antwort, die auf den Beschluss der

Reichsregierung zu erteilen sei, in einem Protokoll der Botschafter Paris, London und Rom in Berlin bestehen müsse. Anschließend daran sollen die Besprechungen zwischen den drei Mächten auf diplomatischem Wege

Das englische Kabinett ist Montag 11.30 Uhr erneut zusammengetreten, um über die Erklärung der Reichsregierung zu beraten.